

Dresdner Nachrichten

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seid. Band, Spitzen, Handarbeit- u. alle Damenschneider-Artikel.
Dresden, 1890.

Thüre zu!
P. R. Patent.
Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser Thürschliesser.
Prospekte gratis und franco. 40,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinicke, Dresden-N., Tietzstrasse 27.
Telephon 2100.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Neu! Nr. 51
echte Bremer Markol
à Stück 5 Pfg.,
100 Stück 4 Mk. 50 Pfg.
H. v. Wehren, 6 Seesstrasse 6.

Zum Einkochen von Spargel, Gemüse u. Früchten empfehlen
Excellenz-Conserven-Büchsen,
deutsches R-P. Nr. 40830, sowie Schrauben-Conserven-Büchsen.
Willh. Rühl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Hochzeits-Geschenke in Phantasie- und Luxusmöbel eigener Fabrikation, Majoliken, Bronzen etc. Hofl. Robert Hoffmann.

Nr. 144. Spiegel. Deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag, Deutsch-böhmische Ausgleichsverhandlungen. Fernsprechberichte, Hofnachrichten, Lotterieliste.

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postämtern im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich zu 77 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Die geehrten Leser, die die „Dresdner Nachrichten“ außerhalb Dresdens nachgefordert wünschen, haben die erforderliche Liebesbeweisungsbüchse (im 1. Monat des Kalender-Vierteljahres 60 Pfg., im 2. Monat 50 Pfg. und im 3. Monat 20 Pfg.) nicht etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr vor der Abreise an uns einzuschicken. Die weiteren auswärtsigen Bezüge dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das bez. Postamt wenden, durch welches die gegenwärtige Bestellung erfolgt. Liebesbeweisen innerhalb des deutschen Reichsgebietes, sowie nach Bayern und Württemberg werden dieselbst gegen eine Gebühr von 50 Pfg., im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“
Marienstraße 34.
Geöffnet an Wochentagen von Vorm. 4-6 Uhr Nachm. an Sonn- und Festtagen von Vorm. 8-12 Uhr Mittags.

Correspondenten-Korrespondent für Politikales Dr. Emil Stared in Dresden.

In kurzen Worten liegt im gestrigen Blatte bereits die Verhandlung vor, daß die Erneuerung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages unmittelbar bevorsteht. In Rücksicht auf die hierüber geführten Verhandlungen ist eine im Reichstage von deutschschweizerischer Seite gestellte Interpellation noch kurz vor Abschluß zurückgezogen worden. Ein besonders hoher Grad von Zweckmäßigkeit hatte allerdings dieser Angelegenheit der Regierung von vornherein nicht zugesprochen werden können, zumal die Debatte darüber schwerlich etwas Anderes als retrospektive Betrachtungen über die Zulässigkeit und den Werth des vom Grafen Bismarck als damaligen Staatssekretär des Reiches gegen die Schweiz mit der sogenannten Wohlwollen-Verordnung begonnenen Festzuges ergeben hätten. Die Interpellanten scheinen zu der gleichen Ansicht gekommen zu sein.

Seit Monaten bereits konnte ein günstiger Verlauf der Unterhandlungen mit der schweizer Bundesregierung vorausgesehen werden, die eine Erneuerung des am 20. Juli ablaufenden Vertrages bezweckten. Es bedurfte also aus dem Reichstage heraus keines besonderen Druckes auf die Regierung, um dieses Ziel zu erreichen. Die Erneuerung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz fällt noch in die Abendstunden des Bismarck'schen Regiments. Allerdings aber ist die schnelle Durchführung der Verhandlungen wesentlich durch den Umstand erleichtert worden, daß an der Spitze unserer auswärtigen Amtsgeschäfte neue Männer stehen, die weniger durch Rücksichten auf frühere, unerfüllt gebliebene Forderungen in ihrem Entgegenkommen beschränkt sind, als Graf Herbert Bismarck, der seinerzeit in einer etwas sinnlichen Auslegung des bisher bestehenden Vertrages verlangt hatte, daß alle Deutschen, die sich in der Schweiz niederlassen wollten, mit Heimathchein und Zeugniszeugnissen versehen müßten. Diese Forderung hatte bekanntlich die Schweiz als einen Eingriff in ihre Souveränitätsrechte abgelehnt und ein wenig anmutiger Verkehr brach haben und drüben aus, in welchem einmal sogar das Land des Alpenglückens, der Kuhglocken und Ortenhalmelien als ein „wildes Land“ bezeichnet wurde. Daß die schweizer Regierung durch diese Forderung wie durch jene Forderungen wenig angenehm berührt war, ist nicht zu verwundern. Die Spannung dauerte an und da die Bundesregierung entschlossen war, keinen Schritt zu thun, der wie ein Bittgeschrei erscheinen könnte und da andererseits die deutsche Regierung den ersten Schritt zur Vertragserneuerung von der Schweiz erwartete, weil es auch, wie vor 1876, ohne Vertrag auskommen könne, so lag die Sache beiderseits im Argen. Reineswegs jedoch war man berechtigt, der deutschen Regierung alle Schuld an diesem unzulässigen Zustande beizumessen. Das Verfahren der sozialdemokratisch geführten Kantonalbehörden in der Affaire Wohlwollen war eine Demandsforderung und die Thatfache, daß die schweizer Bundespolitik gegenüber Sozialisten und Anarchisten unzulänglich sei, offensichtlich. Oesterreich und Rußland schlossen sich dieser Auffassung an. Aber auch von dem Gesichtspunkte aus, den unlängst die „Domburger Nachrichten“ aufstellten, daß früher die Wohlwollen-Verordnung nur übermäßig aufgeschoben worden sei, um wenigstens zu erreichen, daß eine bessere Nachbarmachung der Anarchisten Platz greife, kann keinen Beweis für die diplomatische Gleichgültigkeit des kaiserlichen Bismarck bringen, denn so sehr auch erst in der Diplomatie der Zweck das Mittel heiligt, so muß doch das Mittel in einem vernünftigen Verhältnis zum erstrebten Zwecke stehen.

Somit nun bisher Verhandlungen über den Inhalt des neuen Niederlassungsvertrages vorliegen, soll sowohl dem Verlangen der Schweiz, ihr Zutritt zu wahren, Rechnung getragen, wie auch andererseits entsprechend der deutschen Forderung eine wirksamere Fremdenkontrolle ausgeübt werden, damit nicht die Schweiz schließlich einmal zu einer Art anarchischer Schmelzwinkel oder aber einer Art von offiziellen Dynamitfabrik wird. Nach den vorläufigen acceptirten Bestimmungen müssen die in der Schweiz sich niederlassenden Deutschen mit einem Immatrikulationschein versehen sein, durch den ihre Staats- und Heimathangehörigkeit und der unbedingte Zweck ihrer Anwesenheit festgestellt wird. Diese Scheine werden von der deutschen Gesellschaft ausgestellt. Ein vertragmäßiges Recht auf Niederlassung in der Schweiz haben nur die Deutschen, welche im Besitz eines solchen Scheines sind. Andererseits aber darf die Schweiz auch Deutsche dulden, die einen solchen Schein

nicht besitzen. (Mitgliederordnung.) Nachdem über diese Punkte ein Einvernehmen erzielt ist, sind besondere Schwierigkeiten nicht mehr zu lösen.

In Wädmen lassen sich die Dinge weniger gut an, als man anfangs zu glauben berechtigt war, so man braucht gar nicht ein übertriebener Optimist zu sein, um, wenn nicht ein völliges Willkürspiel der Ausgleichsverhandlungen, so doch ein längeres Hin- und Herziehen derselben vorauszuversagen. Als fatales Omen konnte es gelten, daß bei der Eröffnungsschweide des Landtagsmarschalls Fürsten Lobkowitz und seiner christlichen Aufforderung an die Gassen, den neu eingetretenen Deutschen in lokaler Weite entgegenzukommen, die Mitglieder sich schweigend in die Logen hüllten und kein Zeichen des Befalls gaben. Dementsprechend wurde denn auch ihre Haltung immer zweifelhafter und es schien fast, als hätten ihre rückwärtsgehenden Grieschenbeeren nur noch nach einem Pflichten, durch welches sie entschuldigen könnten. In dieser Politik des Rückzuges wurden sie anfangs beherrschend durch den Ausfall der letzten Verhandlungen im Vorhitz-Neuposker Bezirke, wo ihr Kandidat etwa den letzten Theil der Stimmen erhielt. Wenn's so fort geht mit den Gassen der Jungmänner, dann werden die letzteren bald allein auf dem mit allseitigen Zeichen besetzten Schlachtfeld „To Deum laudamus“ singen. Einige der Mitglieder haben auch schon nach Kaiser's Wort „der bessere Theil der Tageszeit ist vorüber“ die Gassen ihrer Partei, die Herr Kieger vorläufig noch feindlich hochhält, verlassen und sind mit klugem Spiel zu den „Jungen“ übergegangen. Die Jungmänner halten es deshalb für das Klügste, ein wenig Obstruktionspolitik zu treiben, indem sie in den Commissionsberatungen die Parole ausgeben, durch die Stellung der unzulässigen Anträge die Ausgleichsaktion zu verschleppen. Inzwischen organisiren sie einen vollständigen Sturm von Feuer- und Schwefelpetitionen ihrer Parteigenossen und verlesen durch Brand- und Schreien, einen Theil der altgedienten Wählererschaft zu fangen, was ihnen denn auch in bedeutendem Grade gelingt. Sie hoffen stark, daß diese Zeit kommen, wo sich das Weibchen des großen, unsterblichen Junggesellenmehrs in Jubelstürmen auflöst.

So weit ist es aber noch nicht und wird es auch wohl nicht kommen. Die Vordringlichkeitsproben werden voraussichtlich auch von der Majorität aus dem kaiserlichen Ofen prompt herausgehoben, der Friede angenommen werden. Aber dieser Friede wird nur ein Waffenstillstand bleiben. Die Jungmänner haben bereits angekündigt, daß, selbst wenn sie sich mit dem Ausgütigen befreunden würden, aus der von ihnen geleiteten Trachtenart eine neue Kampfpatrie entstehen würde, der auch sie nicht weichen könnten. Die Stellung der Deutschen ist schon ungünstig: Als sie vor 4 Jahren den Landtag verließen, erklärten sie der übermächtigen Majorität, sie würden ohne Bürgerrecht für eine bessere Wählung ihrer Forderungen nicht widerstreben. Die Majorität aber sah sich gezwungen, die Deutschen anzulassen und diese Bürgerchaften in feierlicher Form zu gewähren. Die letzteren sind davon nur „auf Probe“ wieder in den Landtag eingezogen und sie halten mit Recht in den bisherigen Commissions-Verhandlungen die Forderung fest, daß die Puntationen ein Ganzes bilden und nicht einzelne Abmachungen nachträglich sollen gelassen werden können, wie es die jungmännlichen Vorkämpfer anstreben. Werden die den Deutschen gemachten, obgleich schon durch die verweigerte Aufhebung der vielbesprochenen Sprechverordnungen kaum ausreichenden Zugeständnisse nicht erfüllt, welche nicht nur geschliche und deutsche Vertrauensmänner, sondern auch Vertreter der Regierung unterzeichnet haben, so bleibt ihnen nichts übrig, als von Neuem zu dem allberühmten Mittel des passiven Widerstandes zu greifen. Es liegt daher doppelt im Interesse der Regierung des Grafen Taaffe, den Abmachungen zur Durchführung zu verhelfen und wenn es sich bewährt, daß er der ersten Forderung am Sonnabend beizuwohnen und in die Verhandlung eingetreten gedenkt, so kann das dem Verhandlungsversteher heilsam sein. Er wird wohl auch für die forrekte Haltung der Mitglieder sorgen, denen es vielleicht bei ihrer jetzigen Sprödigkeit um einige Zugeständnisse zu thun ist und wird ihnen beherzigt machen, daß die 99 vorhandenen Jungmänner unter den 212 Abgeordneten nicht allein die leitende Geißel im Sommerconvent spielen dürfen. Sache der Mitglieder aber ist es, eine festere Haltung als bisher einzunehmen und der Verschleppungspolitik der Jungen energisch entgegenzutreten. Die langen Redereien sind nach den Wiener Abmachungen ebenhin überflüssig.

„Man spricht weitgehend viel, um zu verlegen,
Der Andre hört von Allem nur das Reine.“

Fernschreib- und Fernschreib-Berichte vom 23. Mai.

Berlin. Bei der heute stattgefundenen Frühjahrsparade nahmen 30 Bataillone Infanterie, 2 Eskadronen, 7 Abtheilungen Artillerie und 1 Trainbataillon Theil. Viele fremde Offiziere wohnten ihr bei, namentlich waren kaiserliche Uniformen stark vertreten. Nach der Parade nahm der Kaiser im Schloß den Vortrag des Reichstagspräsidenten entgegen und besah sich dann nach Potsdam, von morgen früh die Parade der dortigen Garnison stattfindend. Das Bundesministerium findet morgen im hiesigen Schloß statt. — Fernspruch von Bayern wurde à la suite des 4 Garde-Regiments gestellt. — Eine Konferenz der Bischöfe findet im August in Aachen statt. — In zahlreichem Schandbesitz der Reichsregierung soll demnach der deutsche Religionsunterricht eingeführt werden. — Ein Waldhaas hat aus seinem Privatmüchlein in der Umgegend von Bismarck-Platz angekauft, um demselben Verstehe in der Kultur von Baumwolle und Celfrischten in großer Stelle anstellen zu können. — Die erste Wiederholung wegen Wiederabstufung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages hat bereits in der 1. Woche des April stattgefunden. Die Abfertigung wird sogleich nach Pfingsten erwartet.

Zum Einkochen von Spargel, Gemüse u. Früchten empfehlen
Excellenz-Conserven-Büchsen,
deutsches R-P. Nr. 40830, sowie Schrauben-Conserven-Büchsen.
Willh. Rühl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Wiesbaden. Der Kaiser richtete an die Witwe des verewelt Kranichs folgendes Telegramm: „Ich erinnere mich in Dankbarkeit der großen Verdienste, die Sie Gemahl sich um das Vaterland erworben hat. Mit mir theilt die Natur um den Tod eines ausgezeichneten Generals. Ich spreche Ihnen bei dem schweren Verluste meine aufrichtige Theilnahme aus.“

Wiesbaden. In einer hiesigen Zeitschrift erschien gestern der russische General u. Witz.

Wien. In Wien verlautet, wird der Kaiser auf Einladung des Prinzregenten im Herbst an den Gemahlenden im Hochgebirge theilnehmen. Als Nachfolger des verstorbenen Bischofs von Bamberg gilt der Bischof von Würzburg.

Kopenhagen. Die Kronprinzessin wurde heute früh von einer Tochter entbunden.

Die Berliner Börse zeigte ruhiger und schwächer ein. Die bevorstehenden Feiertage, die Ultimo-Abrechnung und die Befreiung des Bankplatzes für Prologationen veranlaßten den Verkauf. Renten konnten sich Anfangs ziemlich behaupten, schwächten sich dann aber ziemlich ab, Bahnen schwächer, Bergwerke hielten über ein und zogen weiter an, fremde Renten schwächer. Silber bewährte sich die Tendenz, doch blieb das Geld ruhig. Bergwerke blieben im Vordergrund. Die Steigerung des Reichsbanknoten veranlaßte zum Schluß eine allgemeine Abschwächung. Im Kolonialverkehr waren Banken ruhig, deutsche Bahnen ziemlich fest, österreichische besser, Bergwerke und andere Industriepapiere fest. Wechselkurs 3/4 Bay. Nachbörse ruhig. — Wetter: Heiter, bris. N.-O.-Wind.

Verliches und Sächliches.

— Bald nach ihrer Rückkehr aus Schweden nehmen Ihre Majestäten der Königin und die Königin Aufenthalt im Jagdschloß Meisebach, der bekannten Lieblingsstätte Ihrer Majestät der Königin.

— Dem Oberlehrer an der Fächten- und Landesschule zu Grimma, Dr. phil. Theodor Häbler, sowie dem Oberlehrer an der Fächten- und Landesschule zu Weihen, Dr. phil. Gustav Türlin und Dr. phil. Hans Gilbert wurde der Titel „Professor“ verliehen.

— In der gestrigen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung unter Vorsitz des Herrn Bürgermeister Oberbürgermeister Dirichl wurden zunächst die bezüglichen Stadtraths-Anträge an den Oberbürgermeister, deren sechsundzwanzig Sachverhalte zu Ende dieses Jahres abhandelt, wiedergelesen. Die Herren wurden damit dem Rathschollegium auf Lebenszeit einverleibt. Welche Wahlen erlosagen überdies in für die Herren höchst ehrenvoller Weise, nämlich einstimmig; es war nur je ein einziger weicher Stimm abzugeben. Der Vorsitzende des Wahlschreibers, Herr St. B. Gottschall, empfahl überdies die Wiederwahl mit recht warmen Worten. Die Thätigkeit der Herren ist — so führte er aus — nicht allein in diesem Collegium, sondern auch in der Bürgerwehr genugsam rühmlich bekannt. Herr Stadtrath Neupold legte seine ganze Kraft für die Hochbauverwaltung und Herr Stadtrath Schulz die keine für die Kranken und Genden wie für die hochbetagten Bürger und Bürgerinnen ein. Doch nicht allein was die Herren geleistet haben, sondern auch wie sie ihres Amtes walten, kommt in Frage. Der Wahlschreiber kann da ganz besonders die Bürgerfreundlichkeit betonen, mit welcher die Herren Stadtrathe ihrer Arbeit walten. (Bravo.) — Durch den Tod des St. B. Rechtsanwalt Dr. Schellich wurden im Hinblick für das Wohlhabendstheilsverweilen und in dem für Errichtung von Rathshäusern je ein Was frei; für den ersten wählte man den St. B. Herrn Dr. med. Reichel, für den letzten den St. B. Herrn Reichel und zum Mitglied des Ausschusses für das Einquartierungsweilen an Stelle des aus dem Collegium ausgeschiedenen Herrn Hofrath Dr. phil. Herrn St. B. Winter II, während als neues Mitglied in den Wahlschreiber der St. B. Herr Schneidermeister Willenbrock berufen ward. — Der St. B. Herr Wertig will den Stadtrath ersucht werden: die für den Anfang zur Augustbrücke in der Neustadt in Aussicht genommenen vier Siemensbrenner genau wie am Altkaiser Brückenangelegenheit, nämlich an der Nordseite der Fußwege, auszuführen zu lassen. Weil von den folgenden 16 Ausschüßberichten 12 einstimmig auf Zustimmung zu dem jeweiligen Rathschlußbeschlusse lauteten und weicht nur geringfügige Bewilligungen betrafen, so schloß Herr St. B. Stellung den Antrag auf einstimmig en bloc. Ausnahme der betreffenden 12 Kammern der Tagesordnung. Da dies jedoch nur durchzuführen werden konnte, wenn kein Mitglied der Anwesenden Widerspruch erhob, Herr St. B. Hofrath Baum aber dieser Einsage war, indem er erklärte, so ein Antrag sei ihm noch nie vorgekommen und doch zu bedenklicher Natur, so giug die Verathung weiter. Wir gehen die folgenden 16 Beschlüsse, da sie sämmtlich allgemeineres Interesse zu erregen nicht ungerne an, in aller Kürze. Man denkwürdige also: die Begründung der Stelle einer Oekonomieinstituten in Stadtkrankenhaus, die Bewährung freier Dienstwohnung nebst Feuerheizung an den Aufwärter bei dem Rathschreiber und der Stadtbibliothek, die Gewährung einer Unterstüßung von monatlich 20 Mk. an den dienstunfähig gewordenen Intendanten Constanz Neumann, in verschiedenen Wasserleitungsbauarbeiten und Einleitungen von Gassen mehrere größere Beiträge, zur Errichtung von zwei neuen Feuerwehrestellen in der Johannstadt 6775 Mk. zur Anfertigung von dem kaiserlichen Gemälde an der Pfingststraße 22 Mk., als Einrichtungs- und Umzugskosten des Rathschreibers, der Stadtbibliothek und des Stadtmuseums in den Gassen Kreuzstraße 14, 15 und 16 12,118 Mk., für bauliche Verbesserungen in der Kapelle des Stadtkrankenhauses 2000 Mk., einen nachträglichen Kaufvertrag von 2216 Mk. für die Errichtung der Dampfmaschine Breitenstraße 3. Ferner erklärt man sich mit der Errichtung des von der Stadtgemeinde an das Internatspitals zu zahlenden Pachtzinses für einige Baracken von 900 Mk. auf 1500 Mk. einverstanden, bemittelt einen Beitrag von 300 Mk. zu den Kosten des kaiserlichen Gemeindegeländes, der am 6. und 7. Juni d. J. in Weihen abgehalten wird und tritt der Annahme des von Hof. Rühl & Sohn, hier, der Pensionstafel der hiesigen Feuerwehrgesellschaft Vermächtnisses von 21,000 Mk. bei. Hinsichtlich der Vertheilung des zwischen der Beigtrage und der hies. hiesigen

Friedrich & Glöckner,
Zwischenstr. 16, Schloßstr. 7 und 10b.
Spezial-Geschäft für Leinwand, Feinwolle u. Pariserwaren, eigene Fabrikation.